

**Antrag**

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

vom: 20.06.2006  
eingegangen: 20.06.2006**26. Sitzung des Gemeinderates am 25.07.2006****TOP 13**Vorlage Nr. 757 Öffentlich  Nichtöffentlich 

verantwortlich Dez. 5

**Belastungsgrenzen des Raumes Karlsruhe**

Stellungnahme des Bürgermeisteramtes - Kurzfassung -

Das Bürgermeisteramt befürwortet eine Aktualisierung der Belastungsgrenzen-Untersuchung für den Raum Karlsruhe.

Die Stadt beantragt dies beim Nachbarschaftsverband Karlsruhe (NVK) einschließlich der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel.

Finanzielle Auswirkungen      nein       ja 

Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzgl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
zurzeit nicht bekannt		NVK-Haushalt	

**Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung.**

Ergänzende Erläuterungen: Die Untersuchung soll über den NVK-Haushalt finanziert werden. Die Stadt trägt dabei anteilig die Kosten, die dann in den städtischen Haushalt eingestellt werden müssen.

Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)    nein  ja     durchgeführt am

Abstimmung mit städtischen Gesellschaften    nein  ja     abgestimmt mit

Der Vorschlag zu einer Aktualisierung der Belastungsgrenzen-Untersuchung von 1995 für den Raum Karlsruhe wird begrüßt.

Die damalige Untersuchung wurde für das Stadtgebiet Karlsruhe durchgeführt und im Rahmen der Flächennutzungsplan 2010-Fortschreibung auch vom Nachbarschaftsverband Karlsruhe (NVK) weitgehend übernommen. Die Aktualisierung der Untersuchung sollte daher gleich auf der Ebene des NVK erfolgen. Der endgültige Beschluss ist von der NVK-Verbandsversammlung zu fassen.

Die zeitgemäße Datenaufbereitung mittels eines geographischen Informationssystems (GIS) für den Bereich des NVK ist derzeit in Vorbereitung und ab der 2. Jahreshälfte 2007 vorhanden. Zudem erfordert die Aktualisierung der Belastungsgrenzen-Untersuchung die Beauftragung verschiedener externer Gutachten, für die entsprechende Haushaltsmittel in den Haushaltsplan NVK einzustellen sind. Der voraussichtliche Kostenumfang ist derzeit noch nicht bekannt und erst im Rahmen einer Ausschreibung näherungsweise zu ermitteln. Die Kosten für die Stadt Karlsruhe alleine betragen 1995 ca. 530.000,- DM.

Der Beginn der Untersuchung ist daher erst ab 2008 sinnvoll und kann, wie seinerzeit, eine wichtige Arbeitsgrundlage für die nächste Fortschreibung des FNP-2010 darstellen.